



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 6. Mai 2020

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stephan Belz

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn 17:05 Uhr

Ende: 22:35 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten 06/20 bis 15/20.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Eine Bürgerfragestunde findet nicht statt.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung I

0092 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen zugestimmt:

Es wird abgesetzt von TO II TOP 21 die Sitzungsvorlage 20-V-61-0014 Vierte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Beteiligung und Stellungnahme.

Es werden umgesetzt von TO II auf TO I die Tagesordnungspunkte

II/4 SEP

II/6 Betrauung ESWE

II/10 Evaluierung Alkoholverbotzone

II/11 Finanzbericht Schulamt

II/13 Gutenbergschule (Hierzu liegt ein Antrag der Grünen vor)

II/17 B-Plan Dostojewskistraße (Hierzu liegt ein Antrag von L&P vor)

II/18 Seegewann (Hierzu liegt ein gemeinsamer Antrag der SPD und der Grünen vor)

II/26 Kransand

II/27 Zukunft Stadtgrün

NÖ II/2 Bericht Spezialfonds.

Die Tagesordnungspunkte I/2 und I/9 werden gemeinsam beraten.

Die Tagesordnungspunkte I/3, I/4, I/5 (dieser gemeinsam mit II/11) und I/8 werden ebenfalls gemeinsam beraten.

Es fehlt Stv. Dr. Michna (vertreten durch Stv. Dr. Wittkowski).

Einstimmig

0126 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 05.02.2020 und am 18.03.2020

Einstimmig genehmigt

0127 20-F-03-0005

Corona als Chance - Digitale Formen der Bürgerbeteiligung ermöglichen und etablieren
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.04.2020-

Der Antrag von L&P zur Geschäftsordnung auf Überweisung in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wird gegen die Stimme der L&P-Fraktion bei Enthaltung von FW/BLW abgelehnt.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wird in der geänderten Fassung des Änderungsantrags von FW/BLW (ohne Ziffer 3.) gegen die Stimme der L&P-Fraktion angenommen:

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Magistrat wird gebeten:

1. Konzepte für digitale Beteiligungsprozesse zu forcieren und in Zusammenarbeit mit den beteiligten Ämtern *zu erarbeiten*. Dafür sind Erfahrungen beim Hessischen Städtetages zur digitalen Bürgerbeteiligung einzuholen. Die Antworten des Hessischen Städtetages sind den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.
2. Auf Grundlage der Berichte der eingebundenen Ämter und dem Bericht des Hessischen Städtetages ist ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung in der Verwaltung dem Ausschuss Bürgerbeteiligung und Netzpolitik zur Beschlussfassung vorzulegen.

Es liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor. Dieser ist durch die Aussprache erledigt.

0128 20-F-10-0008

Großprojekte auf Eis legen und Finanzierbarkeit Neubewerten
-Antrag der AfD-Stadtverordnetenfraktion für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.04.2020-

Der Antrag der AfD-Fraktion ist zu II 2 durch den Bericht des Stadtkämmerers erledigt und gilt zu den übrigen Punkten als eingebracht.
Er wird in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nach der Sommerpause (09.09.2020) gemeinsam mit dem Bericht des Stadtkämmerers zu der Thematik „Finanzielle Auswirkungen von Corona auf die LHW“ beraten.

gegen AfD, Enthaltung L&P

0129 20-F-05-0021

Auswirkungen der Covid-19-Krise auf den städtischen Haushalt und die Gesellschaften
-Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.04.2020-

Einstimmig angenommen

0130 20-F-08-0030

Sonderkonjunkturprogramm für Investitionen in Schulbauten - Sanierung an Schulen
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 28.04.2020-

Der Antrag ist eingebracht.
Er wird in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nach der Sommerpause (09.09.2020) gemeinsam mit dem Bericht des Stadtkämmerers zu der Thematik „Finanzielle Auswirkungen von Corona auf die LHW“ beraten.

Enthaltung AfD

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0136 20-F-02-0010

Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung der finanziellen Folgen in der Corona-Pandemie

-Antrag der SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 5 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06. Mai 2020-

Der Antrag wird in der folgenden Fassung einstimmig angenommen:

Der Magistrat wird gebeten, sich über den Hessischen und über den Deutschen Städtetag sowie über andere, geeignete Kanäle bei der hessischen Landesregierung und der Bundesregierung für die folgenden Punkte einzusetzen:

- 1) Beim Land Hessen und dem Bund für die Auflage eines Sonderinvestitionsprogrammes für die kommunale öffentliche Infrastruktur, insbesondere für Schulgebäude, Sportanlagen und Verkehrswege sowie Investitionen im Bereich des Klimaschutz.
- 2) Beim Land Hessen für eine Unterstützung der Kommunen, die derzeit keine Kitabeiträge von den Eltern erheben, da die Einrichtungen bis auf die Notbetreuung geschlossen sind.
- 3) Beim Land Hessen für eine Unterstützung der kommunalen Verkehrsbetriebe, die in den letzten Wochen bereits erheblichen Einnahmeausfälle zu verzeichnen hatten, *die durch den geringeren Fahrkartenverkauf entstanden sind.*

0131 20-F-08-0031

Überwachung des Kulturparks und der unmittelbaren Umgebung der Kultureinrichtung Kreativfabrik Wiesbaden (KREA)

-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 29.04.2020-

Der Antrag der Grünen zur Geschäftsordnung auf sofortige Abschaltung der Kameras wird gegen die Stimmen der Grünen und der L&P-Fraktion abgelehnt.

Der Antrag von L&P ist eingebracht und wird in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 24.06.2020 gemeinsam mit dem von Bürgermeister Dr. Franz angekündigten schriftlichen Bericht erneut beraten.

Der Magistrat (Dezernat II) wurde gebeten, zu dieser Sitzung den Wiesbadener Polizeipräsidenten einzuladen.

Einstimmig

0132 20-F-05-0018

Finanzierung des geplanten Citybahn-Projektes

-Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 11.03.2020-

Der Antrag wird in der folgenden Fassung beschlossen:

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

I. Der Magistrat wird gebeten,
1. darzustellen, wie hoch der Kapitalbedarf für den Bau der geplanten Citybahn ist.
1. den städtischen Gremien schnellstmöglich, aber spätestens bis zum angestrebten Bürgerentscheid, einen Kostenrahmen für das Citybahnprojekt zu präsentieren, der alle Bau- und Herstellungskosten beziffert und aufzeigt, wie diese zwischen den Projektpartner verteilt werden.
II. Der zweite Halbsatz der Ziffer 1 sowie die Unterpunkte a) bis c)
„...und wie die Maßnahme innerhalb der Citybahn GmbH finanziert werden soll.
a) in welcher Höhe soll über den Konzern Stadt oder die LHW selbst Eigenkapital zur Verfügung gestellt werden?
b) fließt die Förderung über das GVFG direkt dem Eigenkapital zu?
c) benötigen die Citybahngesellschaft oder die WVV städtische Bürgschaften für die Fremdfinanzierung des Projektes? „
sind eingebracht und werden in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 24.06.2020 beraten.

Einstimmig

0133 Sachstandbericht Stadtkämmerer Axel Imholz

Einstimmig

0134 Arbeit der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse in der aktuellen Situation (Corona)

Hinweis auf Beschlussfassung unter Nr. 0137

0137 20-F-03-0006

Digitale Lösungen für die Corona Krise - Politik handlungsfähig machen
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TO I/ TOP 9 „Arbeit der Stadtverordneten-versammlung und ihrer Ausschüsse in der aktuellen Situation (Corona), zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Mai 2020-

Der Antrag zur Geschäftsordnung der L&P-Fraktion auf Vertagung wird gegen die Stimme der L&P-Fraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag auf Aufnahme der Formulierung „in Krisenzeiten“ wird gegen die Stimmen von Grünen, FDP und L&P angenommen.

Der Antrag wird gegen die Stimme der L&P-Fraktion in der folgenden Fassung angenommen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, Gespräche mit dem Land aufzunehmen, um über eine Ausnahmeregelung oder eine Änderung der HGO zu verhandeln, die das digitale Tagen von Ausschüssen und Stadtverordnetenversammlung ermöglichen.
2. Nach Vorlage einer Ausnahmeregelung oder einer Änderung der HGO wird der Magistrat beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Fachausschüsse sowie die Stadtverordnetenversammlung rechtssicher, digital und unter Teilnahme der Öffentlichkeit

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

in Krisenzeiten tagen und beschließen können. Dieses Konzept soll dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik nach der Sommerpause vorliegen.
3. Sofern absehbar ist, welche technischen Lösungen zum Einsatz kommen können, sollen die Kosten hierfür genannt und den Stadtverordneten schnellstmöglich zur Kenntnis gegeben werden. Gibt es mehrere Lösungsmöglichkeiten, sollen die maximal drei besten Varianten synoptisch gegenübergestellt werden.

0135 Verschiedenes

Einstimmig

Tagesordnung II

0093 16-S-00-0020

Wahl von Verwaltungsbediensteten zu weiteren Schriftführerinnen/Schriftführern

Einstimmig

0094 19-V-36-0011

Sedanplatz Wassertisch Sachstand

Enthaltung Stv. Bachmann, FW/BLW

0095 20-V-02-8002

Ausbildungspakt plus3 mit dem Bildungszentrum InfraServ - Fortführung für die Ausbildungsjahrgänge 2020 und 2021

Einstimmig

0096 20-V-03-0006

Verfahren zur Aufstellung des neuen Schulentwicklungsplanes

Einstimmig

0097 20-V-04-0008

Bericht zum Projekt Walkmühle

Einstimmig

0098 20-V-05-0006

Betrauung der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH durch die Landeshauptstadt Wiesbaden mit ergänzenden Dienstleistungen zum Busverkehr

gegen AfD, Enthaltung FDP und L&P

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Protokollnotiz FDP:

Im der Betrauung zugrunde liegenden Beschluss der EU-Kommission (KOM(2011) 9380 endgültig, ABl. L 7/3 vom 11.01.2012) heißt es in Absatz 4 der Erwägungsgründe:

"Wenn viertens die Wahl des Unternehmens, das mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen betraut werden soll, im konkreten Fall nicht im Rahmen eines Verfahrens zur Vergabe öffentlicher Aufträge erfolgt, das die Auswahl desjenigen Bewerbers ermöglicht, der diese Dienste zu den geringsten Kosten für die Allgemeinheit erbringen kann, so ist die Höhe des erforderlichen Ausgleichs auf der Grundlage einer Analyse der Kosten zu bestimmen, die ein durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen, das so angemessen mit Mitteln ausgestattet ist, dass es den gestellten gemeinwirtschaftlichen Anforderungen genügen kann, tragen müsste."

Mit Blick auf das Bikesharingprogramm „ESWE meinRad“ ist die entsprechende Analyse aus Sicht der FDP-Fraktion nicht oder zumindest nicht mit der notwendigen Sorgfalt erfolgt. In der Magistratsvorlage zur Einführung des Radverleihsystems wurde der jährliche Zuschussbedarf deutlich unterschätzt. Die tatsächlich auflaufenden Defizite betragen mehr als das Zehnfache des ursprünglich avisierten Betrages. Eingedenk der wiederholten Ausführungen des Dezernates V im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr, dass es zu teuer sei, private Unternehmen mit der Bereitstellung eines Radverleihsystems zu beauftragen, stellt sich für die FDP-Fraktion die Frage, ob den entsprechenden europarechtlichen Vorgaben ausreichend Rechnung getragen wurde.

In der Beantwortung der von der FDP-Fraktion gestellten Fragen verweisen Dezernat V und ESWE Verkehr auf die vorzunehmenden Plantrennungsrechnungen. Diese wurden bisher deutlich verspätet dem Aufsichtsrat und den städtischen Gremien zugänglich gemacht. ESWE Verkehr teilt mit, dass die Plantrennungsrechnung 2020, die innerhalb des ersten Quartals 2020 an die städtischen Gremien übersendet werden sollte, nicht vorliegt, weil "der ESWE-Aufsichtsrat sich coronabedingt noch nicht damit befassen konnte". Dies trifft nicht zu. Auch während der Corona-Krise fand bereits eine Aufsichtsratssitzung statt.

0099

20-V-06-0003

Beitragsverzicht im Rahmen des § 13 der Kindertagesstättensatzung und analoge Anwendung auf Freie Träger von Kindertagesstätten

Einstimmig

0100

20-V-10-0001

Neubau Bürgerhaus Kastel-Kostheim; Ergebnis des Architektenwettbewerbs

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0101 20-V-20-0015

1. Quartalsbericht Sperrvermerk Kassenwirksamkeit

Einstimmig

Stadtkämmerer Imholz sagt zu, den Ausschussmitgliedern eine Liste mit allen Projekten, die von dieser Maßnahme betroffen sind, zur Verfügung zu stellen.

0102 20-V-31-0002

Evaluierung und Verlängerung der Alkoholverbotszone

gegen L&P, Enthaltung AfD und FDP

Protokollnotiz FDP:

Die Freien Demokraten vertreten seit Jahren die Auffassung, dass die Alkoholverbotszone kein geeignetes Mittel zur Lösung der Probleme am Platz der deutschen Einheit ist. Durch die Kontrollen der Stadtpolizei wird Personal unnötig gebunden, während die Szene schlicht in die um die Alkoholverbotszone liegenden Straßen ausweicht, die durch

mangelnde Fußgängerfrequenz eine geringere soziale Kontrolle bieten. Der Magistrat sollte stattdessen seine Anstrengungen in der Bezirkssozialarbeit verstärken. Mit Einführung der Waffenverbotszone sollte die Alkoholverbotszone auf den Prüfstand gestellt werden. Die Freien Demokraten bedauern, dass dies offensichtlich nicht dem politischen Willen des Magistrats entspricht.

0103 20-V-40-0001

Finanzbericht Schulamt für 2019

Einstimmig

0104 20-V-40-0010

Praktische Umsetzung des Digitalpakts an Wiesbadener Schulen

Enthaltung L&P

0105 20-V-40-0012

Gutenbergschule - Ausführungsvorlage - Abriss und Neubau einer 1-Feld-Turnhalle

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Protokollnotiz Grüne:

Bündnis 90/Die Grünen erwarten, dass die Beschlüsse des Ortsbeirates berücksichtigt werden und sichergestellt wird, dass Barrierefreiheit im Umkleide- und WC-Bereich gewährleistet ist.

0138 20-F-03-0007

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Tagesordnungspunkt 13, TO II „20-V-40-0012 Gutenbergschule“

Einstimmig angenommen

0106 20-V-41-0002

Vorabfreigabe Fördermittel Bereich Kultur

Enthaltung AfD

0107 20-V-51-0009

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Schaffung von 10 Krippenplätzen in der Katholischen Kindertagesstätte St. Kilian in Kostheim

Einstimmig

Die Fraktion L&P bemängelt die Nichtbeteiligung des Ortsbeirats.

0108 20-V-51-0014

Fachkräftebedarfe in Kindertagesstätten sichern - Einrichtung einer Koordinationsstelle für die "Praxisorientierte vergütete Erzieher*innenausbildung"

gegen AfD

0109 20-V-61-0010

Bebauungsplan "Südlich der Dostojewskistraße" im Ortsbezirk Südost - Aufstellungsbeschluss -

gegen L&P, Enthaltung Grüne

Protokollnotiz Grüne:

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erwartet, dass die von OBR Südost und OBR Biebrich gefassten Beschlüsse (Südost: Zustimmung vorbehaltlich eines schlüssigen Mobilitätskonzeptes und einer gemeinsamen Auftaktveranstaltung mit Biebrich) sowie der beschlossenen umfassenden Bürgerbeteiligung umgesetzt werden.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Wir als Fraktion erwarten für dieses Projekt eine zukunftsweisende Planung, die sowohl die Aspekte der klimaneutralen nachhaltigen Bauweise als auch der modernen Mobilität vorsieht. Dazu ist das Verkehrs- und Umweltdezernat von Beginn an einzubinden.

Der Änderungsantrag der L&P-Fraktion zur Sitzungsvorlage soll am 23.06.2020 im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr beraten werden.

0110 20-V-61-0011

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan „Lange Seegewann“ im Ortsbezirk Delkenheim - Erweiterter Aufstellungsbeschluss mit Beauftragung der Verfahrensdurchführung

gegen L&P, Enthaltung AfD

0111 20-V-61-0012

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich „Mainzer Straße, Bereich C, südlich des Siegfriedrings“ im Ortsbezirk Südost und Biebrich - Änderungsbeschluss -

Einstimmig

0112 20-V-61-0013

Bebauungsplan „Mainzer Straße Bereich C südlich des Siegfriedrings“ in den Ortsbezirken Südost und Biebrich
- Erweiterter Aufstellungsbeschluss mit Beauftragung der Verfahrensdurchführung -

Einstimmig

0113 20-V-61-0014

Vierte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Beteiligung und Stellungnahme

Absetzung einstimmig

0114 20-V-66-0101

Abschluss des Bauprojekts Zentrale Straßenmeisterei / Genehmigung der Mehrkosten

Einstimmig

0115 20-V-66-0201

DIGI-V - Verausgabungsstand und Finanzierung Eigenanteil 2019

gegen L&P, Enthaltung AfD

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0116 **20-V-66-0212**

Straßenbeleuchtungsvertrag - Mehrkosten 2019

gegen FDP, Enthaltung L&P

Protokollnotiz FDP:

Die Freien Demokraten kritisieren das Vorgehen des Magistrats scharf. Die im Haushalt nicht zugesetzten Mehrkosten sollen nun durch den Investitionstopf für Ingenieurbauwerke ausgeglichen werden. Bereits im Doppelhaushalt selbst stand deutlich zu wenig Geld bereit, um die Wiesbadener Brücken und Tunnel zu sanieren. Durch die vorgenommene Umverteilung werden noch weniger dringend notwendige Projekte umgesetzt. Die Freien Demokraten fordern, die Kosten aus dem Verwaltungshaushalt von Dezernat V zu decken.

0117 **20-V-66-0213**

Kahle Mühle - Erweiterung des P & R Parkplatzes

Einstimmig

Die Fraktion L&P bemängelt die Nichtbeteiligung des Ortsbeirats.

0118 **20-V-66-0302**

Umgestaltung der Rheinuferfläche, Kransand 1. BA - Mehrkosten

Rückstellung bis zum Sitzungszug Juni 2020 einstimmig, Beratung auch im Revisionsausschuss vorgesehen

0119 **20-V-67-0002**

Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept für das das Programmgebiet Wiesbaden Innenstadt und Süd im Rahmen des Städtebauförderprogramms "Zukunft Stadtgrün"

Enthaltung FDP und L&P

Protokollnotiz FDP:

Die Freien Demokraten kritisieren, dass die Mittel aus dem Förderprogramm genutzt werden sollen, um einzelne Lücken zu schließen, anstatt die zur Verfügung stehenden Mittel in einem Gesamtkonzept umzusetzen.

0120 **20-V-67-0009**

Kinderspielplatzprogramm Wiesbaden 2020

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0121 20-V-70-0001

Verbesserung der Stadtsauberkeit; Übernahme der Zuständigkeit für die Reinigung von öffentlichen Kinderspielflächen und Grünanlagen des Grünflächenamtes durch die ELW

Einstimmig

0139 20-F-08-0032

Änderungsantrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden zu Top 17 der Tagesordnung II in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Mai 2020

Enthaltung AfD

NÖ Tagesordnung II

0122 20-V-05-0016

Stundung der Mindestpachtzahlungen und Vertragsanpassungen des Gestattungsvertrages der Wall GmbH mit der LHW

gegen L&P, Enthaltung Stv. Bachmann, FW/BLW

0123 20-V-20-0009

Bericht zur Entwicklung des Spezialfonds (aus Teilen der Erlöse aus dem Verkauf der Anteile an der ESWE-Versorgungs AG) zum 31.12.2019

gegen L&P

0124 20-V-23-0204

Verzeichnis der vom 1. Oktober 2019 bis 31. Dezember 2019 genehmigten Grundstücksgeschäfte

Einstimmig

0125 20-V-23-0205

Ankauf des Grundstücks Gemarkung Erbenheim, Flur 16, Flurstück 25/1

Einstimmig

Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Mai 2020

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Anlagen

Wiesbaden, 12.05.2020

Vorsitzender

Schriftführerin

Belz

Kessel